

# Akute Bedrohung



**China.** Die Wirtschaft in Deutschland und Europa steht unter massivem Druck. Chinesische Firmen unterbieten ihre westlichen Wettbewerber mit extremen Niedrigpreisen und profitieren dabei von einer Unterbewertung des Yuan, die allem Anschein nach von Peking politisch gesteuert ist. Vieles spricht dafür, dass sich das Ungleichgewicht in den Handelsbeziehungen weiter vergrößern wird, sagt IW-Außenhandelsexperte Jürgen Matthes im iwd-Interview. Die EU müsse daher schnell reagieren und gegebenenfalls auch zu Maßnahmen wie Ausgleichszöllen greifen.

—→ [Seiten 2-6](#)

## Transformation

Die AfD hat bei der Bundestagswahl vor allem in jenen Regionen besonders gut abgeschnitten, die von traditionellen Industriebranchen geprägt sind.

—→ [Seite 7](#)

## Private Haushalte

Die Bundesbürger benötigen meist lange Zeit, um ein Vermögen anzusparen. Eine Entlastung der Arbeitseinkommen könnte den Vermögensaufbau erleichtern.

—→ [Seiten 14-15](#)

**Weitere Themen** +++ **Beschäftigung** +++ **Künstliche Intelligenz** +++ **Strompreis** +++  
**Arbeitslosengeld** +++ **Top-Liste: Wälder in Europa** +++ **Zahl der Woche: Schienenfernverkehr**

# Von der Realität eingeholt

**China.** Die deutschen Ausfuhren nach China sind seit Jahresanfang massiv eingebrochen, die Importe gestiegen. Die Volksrepublik macht zudem deutschen und europäischen Unternehmen durch Niedrigpreise weltweit Konkurrenz. Von der von Peking oft beschworenen Win-win-Situation der grenzüberschreitenden Handelsbeziehungen ist so gut wie nichts übrig. Die EU muss dringend handeln.

China als vertrauensvoller Partner in Politik und Handel – darauf hat man in Europa lange gehofft und gesetzt. Doch die Realität sieht anders aus: China unterstützt weiterhin Russland gegen die Ukraine und will – nun offiziell bestätigt – unbedingt verhindern, dass Moskau den Krieg verliert. Außerdem setzt die Volksrepublik seit geraumer Zeit ihre Monopolstellung bei seltenen Erden als strategische Handelswaffe ein. Gleiches gilt seit Kurzem auch für Batterien. Zudem macht China den Europäern immer mehr Konkurrenz und unterbietet heimische Unternehmen weltweit mit extremen Niedrigpreisen. Der chinesische Handelsbilanzüberschuss

insgesamt war noch nie so hoch wie im ersten Halbjahr 2025.

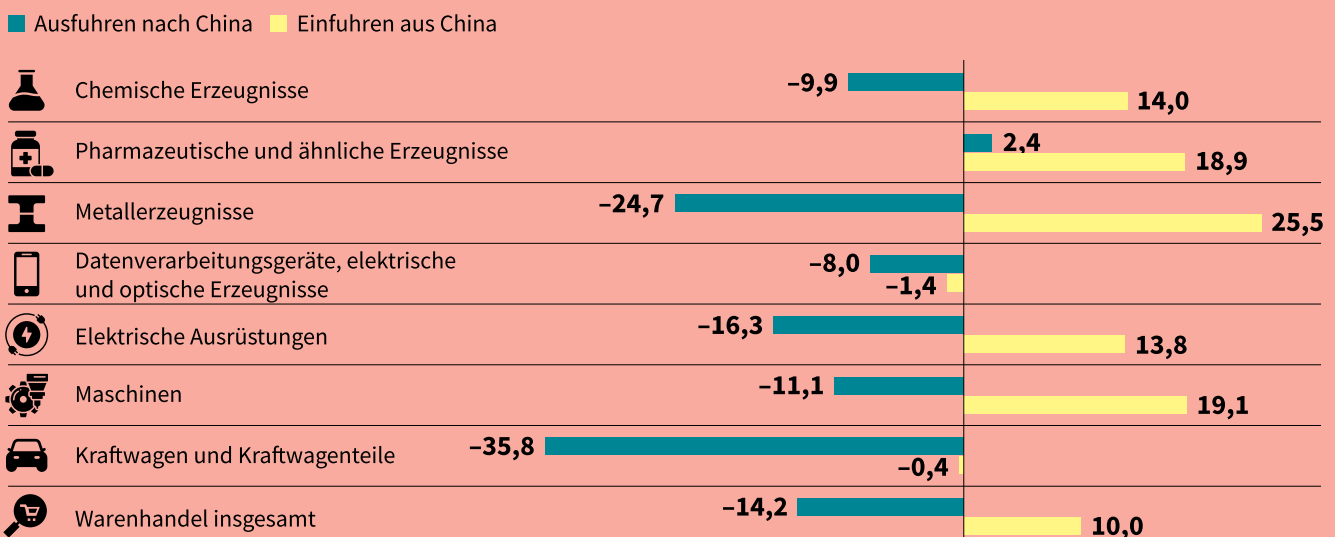
Deutschland bekommt die aggressive Politik Chinas deutlich zu spüren, wie ein Blick in die Handelsstatistik verrät (Grafik Seite 3):

**Die Exporte der deutschen Wirtschaft nach China sind von Januar bis Mai 2025 um mehr als 14 Prozent gegenüber dem gleichen Vorjahreszeitraum zurückgegangen.**

Daneben haben die hiesigen Unternehmen ebenfalls weniger Waren in den wichtigen Absatzmärkten USA und Frankreich verkaufen können. In anderen Ländern wie

## Außenhandel mit China: Die Schere geht auf

Veränderung des deutschen Außenhandels mit China in ausgewählten industriellen Warengruppen im Zeitraum Januar bis Mai 2025 gegenüber dem gleichen Vorjahreszeitraum in Prozent



zum Beispiel Polen wuchs zwar das Geschäft, aber insgesamt nicht stark genug, sodass unterm Strich ein Exportminus von 0,2 Prozent in den ersten fünf Monaten des Jahres 2025 gegenüber dem Vorjahreszeitraum zu Buche steht.

Das extreme Ungleichgewicht im Handel mit China ist in einzelnen Industriebranchen noch dramatischer (Grafik Seite 2):

**Die Exporte von Kraftwagen und Kraftwagenteilen nach China sanken von Januar bis Mai 2025 im Vergleich zum Vorjahreszeitraum um fast 36 Prozent.**

Die Hersteller von Metallerzeugnissen setzten ein Viertel weniger Waren ab und auch die elektrischen Ausrüstungen lagen mit einem Minus von gut 16 Prozent noch unter dem Gesamtschnitt.

Auf der Importseite sieht es nicht besser aus:

**Während die deutschen Warenimporte aus allen Ländern von Januar bis Mai 2025 um 4,3 Prozent gegenüber dem Vorjahr zunahmen, ist bei China ein Plus von 10 Prozent zu verzeichnen.**

In Tonnen gerechnet, betrug der Anstieg sogar knapp 16 Prozent. Das bedeutet, dass der durchschnittliche Preis der Importe aus China (Euro je Tonne) um rund 5 Prozent gefallen ist. China exportiert also seine Erzeugerpreisdeflation, die zum Großteil auf Überkapazitäten in einigen Sektoren dort zurückzuführen ist. Wieder sind es einzelne Industriesparten, die besonders viel in China eingekauft haben. So stiegen die Importe der Metall-erzeuger um mehr als ein Viertel, die Pharmabranche und die Hersteller von Maschinen erhöhten ihre Einfuhren um jeweils 19 Prozent.

Und dann wäre da noch Problem Nummer drei für Deutschland:

**Mit teils extremen Niedrigpreisen setzt China die deutschen Firmen im internationalen Wettbewerb unter Druck.**

Peking subventioniert dabei seine Unternehmen in unangemessener Art und Weise. Eine Unterbewertung des Yuan gegenüber dem Euro trägt zudem maßgeblich dazu bei, dass die Preise für chinesische Waren besonders niedrig sind (siehe Seiten 4–5).

In einer IW-Umfrage im Jahr 2024 gab rund die Hälfte der deutschen Industrieunternehmen mit China-Konkurrenz an, dass die chinesischen Wettbewerber ihre Waren zu Preisen anbieten, die um mehr als 30 Prozent unter den eigenen liegen. Die Folge: Die Gewinnmargen der heimischen Unternehmen brechen ein, was wiederum ihre Mittel für Investitionen und Innovationen und damit ihre Anpassungsfähigkeit einschränkt.

Dass deutsche und europäische Firmen aus marktwirtschaftlichen Gründen zunehmend ihre Vorleistungen

aufgrund des massiven Preisvorteils immer mehr in China kaufen, wird die deutsche Industriebasis nach und nach aushöhlen.

Daher muss die EU dringend Maßnahmen ergreifen, um die heimische Wirtschaft vor den unfairen Elementen des chinesischen Wettbewerbs zu schützen. Andernfalls droht der Verlust von vielen Arbeitsplätzen in Europa. Zudem würden wir bei immer mehr Produkten von Importen aus China abhängig.

**IW-Kurzbericht 65/2025**

Jürgen Matthes: Der China-Schock ist da – Problematische Entwicklung des Außenhandels mit China in 2025

**Exportgeschäft:  
Deutschlands wichtigste Handelspartner**

Deutsche Ausfuhren im Jahr 2024  
in Milliarden Euro

|                                                                                                                 | Anteil am<br>gesamten Export | Veränderung im Zeitraum<br>Januar bis Mai 2025 gegenüber<br>dem Vorjahreszeitraum |
|-----------------------------------------------------------------------------------------------------------------|------------------------------|-----------------------------------------------------------------------------------|
|  <b>161,4</b><br>USA         | 10,4                         | -2,7                                                                              |
|  <b>115,4</b><br>Frankreich  | 7,5                          | -4,3                                                                              |
|  <b>109,4</b><br>Niederlande | 7,1                          | 0,1                                                                               |
|  <b>93,2</b><br>Polen        | 6,0                          | 5,2                                                                               |
|  <b>89,9</b><br>China        | 5,8                          | -14,2                                                                             |
| ...                                                                                                             |                              |                                                                                   |
| <b>Insgesamt</b>                                                                                                | <b>100,0</b>                 | <b>-0,2</b>                                                                       |

**1.548,6**

Quellen: Statistisches Bundesamt, Institut der deutschen Wirtschaft  
© 2025 IW Medien / iwd

iwd

# Unfair gehandelt

**China.** Die deutsche Handelsbilanz mit China ist in den vergangenen Jahren tief ins Minus gerutscht. Ein wesentlicher Grund: Obwohl die relativen Produktionskosten in Deutschland – und im gesamten Euroraum – gegenüber China deutlich gestiegen sind, blieb der Wechselkurs zwischen Yuan und Euro weitgehend konstant. Vieles spricht dafür, dass diese Unterbewertung das Ergebnis von Währungsmanipulation ist.

Die Schieflage im Handel zwischen China und Deutschland – Gleiches gilt für die Beziehungen Chinas mit der EU insgesamt – ist derzeit besonders eklatant (siehe Seiten 2–3). Neu ist das Problem gleichwohl nicht – spätestens seit 2020 zeichnete sich im Warenverkehr mit China ein zunehmendes Ungleichgewicht

zuungunsten Deutschlands ab (Grafik):

**Das Defizit im deutschen Warenhandel mit China stieg von 14 Milliarden Euro im Jahr 2019 auf 66 Milliarden Euro im vergangenen Jahr.**

Auch die Euroländer insgesamt verzeichneten in diesem Zeitraum

ein wachsendes Minus im Handel mit China – der Negativsaldo erhöhte sich von 120 Milliarden Euro 2019 auf 228 Milliarden Euro.

Um fundiert beurteilen zu können, inwieweit diese Entwicklung aus ökonomischer Sicht problematisch ist und möglicherweise sogar von China bewusst vorangetrieben wurde, lohnt ein näherer Blick auf den Wechselkurs zwischen Euro und dem chinesischen Yuan. In der Theorie ist die Sache klar: Steigt die europäische Nachfrage nach chinesischen Gütern stärker als umgekehrt, sinkt die Nettonachfrage nach Euro (und steigt jene nach Yuan). Damit müsste der Euro gegenüber dem Yuan abwerten, europäische Produkte würden in Relation zu jenen aus China günstiger und die Handelsbilanz würde tendenziell wieder ausgeglichen.

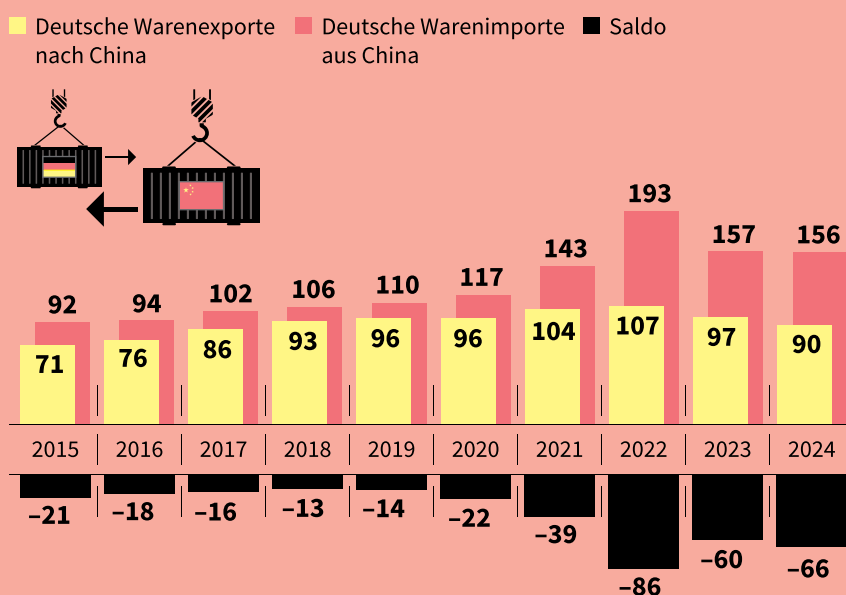
Fakt ist aber: Der Wechselkurs zwischen den beiden Währungen hat sich seit Anfang 2020 nur geringfügig verändert, seit dem Sommer 2022 ist die chinesische Währung sogar ein wenig billiger geworden:

**Kostete ein Yuan im Juli 2022 noch 0,146 Euro, waren es im Mai 2025 lediglich 0,123 Euro.**

Der Yuan hat gegenüber dem Euro also zuletzt eher abgewertet beziehungsweise der Euro leicht aufge-

## Außenhandel: Deutschlands Defizit mit China stark gewachsen

in Milliarden Euro



2022: Importwert verzerrt durch einmalige Sondereffekte, u. a. nachgeholte und vermutlich auf Lager genommene Einfuhren von Gütern, die wegen einer Verknappung von Halbleitern zuvor nicht lieferbar waren

Quellen: Statistisches Bundesamt, Institut der deutschen Wirtschaft

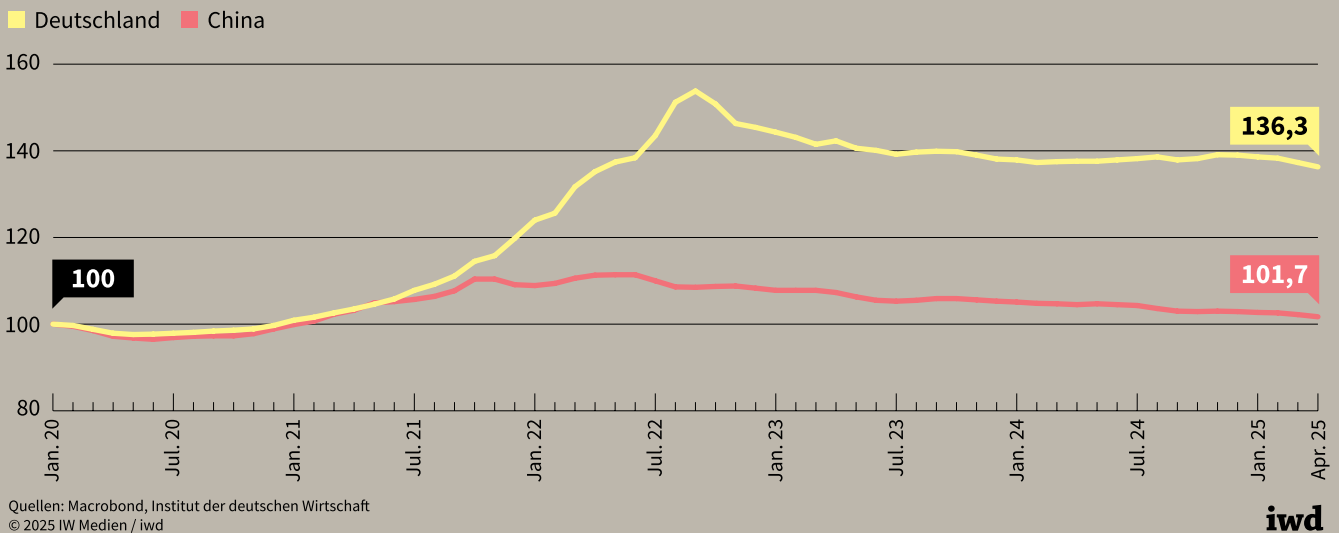
© 2025 IW Medien / iwd

iwd

## Erzeugerpreise in Deutschland deutlich gestiegen

Preise für die im Produzierenden Gewerbe (ohne Baugewerbe) in einem Land erzeugten und auf dem inländischen Markt verkauften gewerblichen Produkte

Januar 2020 = 100



wertet. Und das ist nur die nominale Seite. Die realen Verhältnisse werden erst deutlich, wenn man auch die Kostensituation der Unternehmen in Europa beziehungsweise im Fernen Osten unter die Lupe nimmt. Hier gab es in den vergangenen fünf Jahren massive Verschiebungen. Das zeigen die sogenannten Erzeugerpreise – jene Preise, die Unternehmen auf dem heimischen Markt für inländische Industriegüter, verwandte Dienstleistungen und Rohstoffe zahlen müssen (Grafik):

**In Deutschland (wie auch im Euroraum) lagen die Erzeugerpreise im Frühjahr 2025 um mehr als ein Drittel über dem Niveau von Anfang 2020 – in China betrug der Preisanstieg unterm Strich weniger als 2 Prozent.**

Unternehmen in Deutschland und den übrigen Euroländern mussten also in den vergangenen Jahren im Wettbewerb mit China einen wachsenden Preis- und Kostennachteil hinnehmen – vor allem, weil Lieferkettenengpässe ab 2021 viele Güter

enorm verteuerten und die Energiepreise in Europa nach dem russischen Angriff auf die Ukraine stark stiegen.

Die Verschlechterung der deutschen und europäischen Wettbewerbsfähigkeit gegenüber China dürfte nicht nur einen großen Teil des gestiegenen Handelsbilanzdefizits erklären. Sie bedeutet auch, dass der Euro real – also unter Berücksichtigung der tatsächlichen Kostenverhältnisse – zwischen Januar 2020 und April 2024 gegenüber dem Yuan um mehr als 40 Prozent aufgewertet hat.

Warum hat nun der nominale Wechselkurs zwischen Euro und Yuan nicht wie erwartet auf die realen Handels- und Kostentrends reagiert? Tatsächlich ist es nicht der Markt, der über den Wert des Yuan gegenüber anderen Währungen entscheidet. Vielmehr steuert die chinesische Zentralbank den Wechselkurs auf undurchsichtige Weise im Verhältnis zu einem Korb anderer Währungen, vor allem zum Dollar.

Selbst wenn man die für die Wechselkursbildung relevante gesamte Zahlungsbilanz heranzieht, also neben dem Warenhandel auch die grenzüberschreitenden Dienstleistungs- und Finanztransaktionen berücksichtigt, sprechen alle Anzeichen dafür, dass die chinesische Währung gegenüber dem Euro massiv unterbewertet ist. Daraus resultiert ein subventionsähnlicher Vorteil für alle chinesischen Firmen, den Peking entweder billigend in Kauf nimmt oder sogar bewusst durch seine Währungspolitik herbeigeführt hat.

Der Eindruck einer unfairen Währungsmanipulation erhärtet sich demnach zusehends. Wenn China den Yuan nicht deutlich aufwertet, muss die EU handelspolitische Maßnahmen ergreifen, um den unfairen Nachteil auszugleichen.

### IW-Report 36/2025

Jürgen Matthes: Yuan Undervaluation against the Euro – Unfair Cost Advantages for China?!

**Interview.** Deutsche Unternehmen kaufen immer mehr Waren in China ein, die nicht zuletzt wegen des günstigen Yuans wesentlich billiger sind als in anderen Drittstaaten. Warum sich die deutsche Industrie damit letztlich selbst schadet, erklärt **Jürgen Matthes**, Leiter des IW-Themenclusters Internationale Wirtschaftspolitik, Finanz- und Immobilienmärkte.



Foto: IW Medien

# „Unsere Industriebasis wird angefressen“

**Der deutsche Außenhandel mit China ist in diesem Jahr in ein massives Ungleichgewicht geraten. Haben Sie damit in dieser Deutlichkeit gerechnet?**

Nein, denn man ist ja geprägt von den Zahlen aus der Vergangenheit und da haben wir so starke Ausschläge in der Regel nicht beobachtet, insbesondere nicht bei den Exporten, die nun innerhalb eines Jahres um 14 Prozent weggebrochen sind. Das ist schon bemerkenswert.

**Was bedeutet das für die deutsche Wirtschaft und die Arbeitsplätze in der Industrie?**

Nichts Gutes, im Gegenteil. Wenn ich mit heimischen Unternehmen spreche, höre ich, dass sie zunehmend auf der Vorleistungsebene in China einkaufen und nicht mehr in Deutschland oder in Europa. Die chinesischen Waren sind oft 40, 50 Prozent billiger, heißt es immer wieder, und das sei ein unschlagbarer Vorteil beim Preis-Leistungs-Verhältnis, selbst wenn die Qualität meist nicht so gut ist wie bei deutschen Produkten. Wenn das so weitergeht, wird still und heimlich unsere Industriebasis angefressen und immer kleiner.

**Wie werden sich die Handelsbeziehungen zu China im zweiten Halbjahr entwickeln? Wird das Ungleichgewicht noch größer werden?**

Wir sehen momentan keine Anzeichen dafür, dass in China plötzlich die Nachfrage stärker anspringt. Zudem hat der Yuan gegenüber dem Euro und dem Dollar in den vergangenen Wochen abgewertet. Daher dürfte die Divergenz zwischen Exportschrumpfung und Importanstieg für Deutschland im Jahresverlauf eher noch größer werden.

**Sie fordern eine Reaktion der EU auf Chinas Vorgehen. Herrscht denn in Brüssel überhaupt Einigkeit darüber, dass Chinas Handelspolitik ein Problem darstellt?**

In jedem EU-Land gibt es Industrieunternehmen, insofern sind alle Mitgliedsstaaten und alle Branchen von der Unterbewertung des Yuan betroffen. Da sich Europa zuletzt wieder stärker den Erhalt der Industrie vorgenommen hat, sollte es möglich sein, dass alle EU-Länder an einem Strang ziehen.

**Trump spielt unfair mit seinen Zöllen, China mit seinen Subventionen und allem Anschein nach auch mit seiner Währung. Sollte die EU nicht auch etwas moralfreier agieren?**

Die EU sollte versuchen, so gut es geht, bei den Regeln der Welthandelsorganisation zu bleiben. Aber da, wo es gar nicht mehr anders geht, müssen wir eine gewisse Flexibilität und mehr Pragmatismus an den Tag legen, zumal der Handlungsdruck durch China weiter steigen wird.

**Was heißt das konkret?**

Wenn heimische Beschäftigung durch unfairen Wettbewerb ernsthaft bedroht ist, brauchen wir Handelschutzinstrumente gegenüber China – also Ausgleichszölle gegen Dumping, Subventionen und die Yuan-Unterbewertung –, die in der Breite anwendbar sind. Da werden viele aufschreien und sagen: „Jetzt wird alles teurer!“ Aber es gibt nun mal kein Recht auf subventionierten Einkauf, wenn der Preis dafür die Erosion unserer Industriebasis ist.

# Die Angst vor dem Abstieg

**Transformation.** Bei der Bundestagswahl 2025 war die AfD in industriell geprägten Regionen besonders erfolgreich. Die Sorgen vor dem Strukturwandel und einem Wohlstandsverlust bieten der Rechtsaußenpartei gute Voraussetzungen für ihre Narrative und wirtschaftlichen Untergangserzählungen.

Rechtsaußen-Parteien sind international vor allem in deindustrialisierten Regionen stark. Das zeigt sich im amerikanischen Rustbelt, in den britischen Midlands oder in Nordfrankreich. In Deutschland dagegen war die AfD zuletzt insbesondere in Regionen mit starker traditioneller Industrie überaus erfolgreich (Grafik):

**Bei der Bundestagswahl 2025 erhielt die AfD in industriell geprägten Regionen, die von der Transformation besonders betroffen sind, gut jede vierte Zweitstimme.**

Bundesweit lag ihr Ergebnis mit 21,6 Prozent deutlich darunter. Denkbar ist, dass die Partei gerade in einer für die Industrie von Umbrüchen und Veränderungen geprägten Zeit mit Horrorszenarien vom wirtschaftlichen Niedergang dort punkten kann, wo die Sorgen vor Job- und Wohlstandsverlust groß sind.

Diese Entwicklung dauert schon länger an: Auch bei der Bundestagswahl 2021 erreichte die AfD in Regionen mit vielen energieintensiven Unternehmen oder einer starken Autoindustrie bessere Wahlergebnisse als im Rest des Landes. Doch sowohl die Stimmendifferenz zu anders geprägten Landstrichen als auch der Zweitstimmenanteil insgesamt haben sich 2025 deutlich nach oben bewegt – im Osten nochmals stärker als im Westen:

**In den Transformationsregionen Ostdeutschlands erreichte die AfD einen um rund 7 Prozentpunkte höheren Wählerstimmenanteil als in den neuen Bundesländern insgesamt.**

Zusätzlich hat die AfD auch dort ein größeres Wählerpotenzial, wo sich Menschen infrastrukturell abgehängt fühlen. Kommt beides zusammen – Strukturwandel und schwache Infrastruktur –, kann für die Menschen in diesen Regionen leicht der Eindruck entstehen, dass sie vom Wohlstandsversprechen der Bundesrepublik abgekoppelt sind.

Um dieser Entwicklung wirksam entgegenzutreten, muss die Politik proaktiv handeln. Mit vorsorglicher Industriepolitik lassen sich die Risiken für extremes

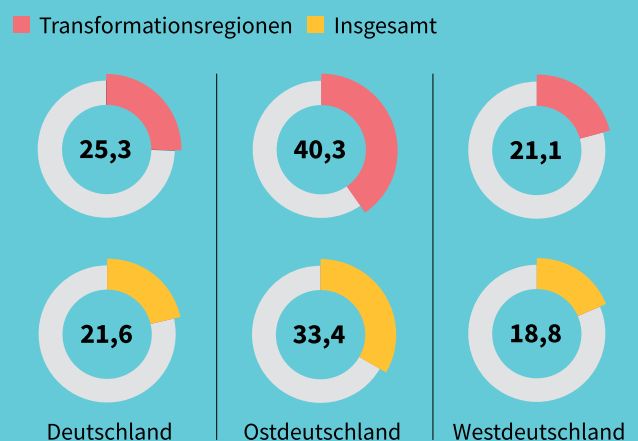
Wahlverhalten besser mindern als mit nachgelagerter Sozialpolitik. In strukturschwachen Regionen gilt es, mit Investitionsförderungen und einer besseren wirtschaftsnahen Infrastruktur Perspektiven zu schaffen, etwa mit Mitteln aus der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ von Bund und Ländern. Eine Ausweitung des Instruments in der nächsten Förderperiode ab 2028 auf Regionen mit hohem Transformationsdruck wäre ebenfalls sehr sinnvoll, um die Sorgen der Menschen zu verringern.

## IW-Kurzbericht 62/2025

Knut Bergmann, Matthias Diermeier, Hanno Kempermann: AfD gewinnt gerade in Transformationsregionen

## AfD holt viele Stimmen in Transformationsregionen

Zweitstimmenanteil der AfD bei der Bundestagswahl 2025 in Regionen mit hohem Beschäftigungsanteil in energieintensiven Branchen oder in der Automobilindustrie, in Prozent



Ostdeutschland: inklusive sechs Ostberliner Wahlkreise  
Westdeutschland: inklusive sechs Westberliner Wahlkreise

Quellen: Bergmann et al. (2023), Bundeswahlleiterin, IW Consult  
© 2025 IW Medien / iwd

# Die Lücke wächst

**Beschäftigung.** Auch wenn der Arbeitsmarktmotor in jüngster Zeit ins Stottern geraten ist, sprechen längerfristige Trends dafür, dass die Beschäftigtenzahlen in Deutschland in den kommenden Jahren weiter steigen werden. Die aktuelle IW-Arbeitsmarktfortschreibung zeigt aber ebenfalls, dass sich der Fachkräftemangel noch verschärfen dürfte.

Wirtschafts- und Arbeitsmarktforscher haben es seit einigen Jahren wohl noch schwerer als zuvor, halbwegs zutreffende Prognosen abzugeben: Erst kam Corona, dann startete Russland seinen Krieg gegen die Ukraine. Beides wirbelte die Welt-

wirtschaft gehörig durcheinander. Und seit Herbst 2024 führt Donald Trump auf erratischem Kurs die USA als größte Volkswirtschaft der Welt, was die Verunsicherung von Politikern und Unternehmen rund um den Globus noch verstärkt hat.

Der deutsche Arbeitsmarkt hat den diversen Kriseneinflüssen lange Zeit getrotzt. Doch das dritte Jahr in Folge ohne nennenswertes Wirtschaftswachstum wirkt bremsend auf den Beschäftigungsanstieg, die Arbeitslosenquote könnte 2025 im Schnitt bei 6,3 Prozent liegen (siehe iwd 11/2025).

Eine Arbeitsmarktprognose über 2025 hinaus ist angesichts der vielen Unsicherheitsfaktoren äußerst schwierig. Das IW blickt dennoch nach vorn – mit seiner aktualisierten Arbeitsmarktfortschreibung. Sie ist keine Vorhersage, sondern zeigt, wie sich die Beschäftigung und Fachkräftesituation in Deutschland entwickeln würde, wenn sich wesentliche arbeitsmarktrelevante Trends der vergangenen Jahre fortsetzen.

Auf der Basis des Zeitraums 2017 bis 2023 geben die IW-Forscher so einen Ausblick auf den Arbeitsmarkt bis zum Jahr 2028 (Grafik):

**Laut IW-Arbeitsmarktfortschreibung steigt die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in Deutschland von 2024 bis 2028 im jährlichen Schnitt um gut 397.000.**

Das wäre pro Jahr ein Zuwachs von 1,2 Prozent – in der letztjährigen Fortschreibung ging das IW noch von einem Anstieg um 1,6 Prozent aus. Maßgeblich für den abgeflachten Beschäftigungstrend sind unter

## Beschäftigungsentwicklung: Was sie bremst und was sie antreibt

In diesem Ausmaß tragen der IW-Arbeitsmarktfortschreibung zufolge die einzelnen Komponenten im Schnitt der Jahre 2024 bis 2028 zur Veränderung der Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten bei

|                               |          |
|-------------------------------|----------|
| Alterung                      | -287.700 |
| Todesfälle                    | -104.700 |
| Anstieg der Arbeitslosigkeit  | -20.500  |
| Pendlersaldo                  | 9.800    |
| Partizipation deutsche Männer | 78.600   |
| Partizipation deutsche Frauen | 100.400  |
| Partizipation Ausländer       | 134.900  |
| Partizipation über 55-Jährige | 235.800  |
| Zuwanderungssaldo             | 250.500  |

**Jahresdurchschnittliche Beschäftigungsveränderung insgesamt** 397.100

Pendlersaldo: Differenz zwischen Beschäftigten am Arbeitsort und Beschäftigten am Wohnort  
Partizipation: Veränderung des Anteils der Personen der jeweiligen Bevölkerungsgruppe, der einer Beschäftigung nachgeht oder Arbeit sucht; die ausgewiesene Partizipation von Männern, Frauen und Ausländern bezieht sich auf unter 55-Jährige

Quelle: Institut der deutschen Wirtschaft  
© 2025 IW Medien / iwd

iwd

anderem die zuletzt stärker als erwartet gestiegene Arbeitslosigkeit und die Tatsache, dass sich die Arbeitsmarktbeteiligung der Deutschen und der über 55-Jährigen generell langsamer erhöht als zuvor.

Bemerkbar in der Fortschreibung macht sich zudem, dass die Zuwandererzahlen zuletzt deutlicher als erwartet zurückgegangen sind. Dennoch:

**Die Zuwanderung qualifizierter Arbeitskräfte dürfte in den kommenden Jahren der größte Treiber der Beschäftigung bleiben und ist der einzige Faktor, der den negativen Einfluss der demografischen Entwicklung annähernd ausgleichen kann.**

Letztere wirkt sich auf zweierlei Weise aus: Zum einen gehen mehr Menschen in Rente, als neu in den

Arbeitsmarkt eintreten. Zum anderen rücken die geburtenstarken Jahrgänge – die Babyboomer – zunehmend in Altersgruppen vor, in denen die Arbeitsmarktbeteiligung geringer ist.

Die IW-Arbeitsmarktfortschreibung fächert die Beschäftigungsentwicklung auch detailliert nach Berufen auf. Einen guten Überblick bieten die Trends in den 36 Berufshauptgruppen. Die Streuung ist breit (Grafik):

**Das größte absolute Plus wird es der Fortschreibung zufolge von 2023 bis 2028 mit rund 326.000 zusätzlichen Beschäftigten in den Erziehungs- und anderen sozialen und hauswirtschaftlichen Berufen geben.**

Ein Zuwachs von annähernd 300.000 sozialversicherungspflichtig Beschäftigten ist auch in den medizi-

nischen Gesundheitsberufen, Berufen in der Unternehmensführung und -organisation sowie in den IT-Berufen zu erwarten. Der Beschäftigungsanstieg wird jedoch überall kleiner ausfallen als in der vorherigen Arbeitsmarktfortschreibung angenommen.

Am anderen Ende des Rankings stehen die Metallberufe – für diese Berufshauptgruppe lässt der Trend ein Minus von mehr als 160.000 Beschäftigten bis 2028 erwarten. Aber auch im Tourismus, der Kunststoff- und Holzbranche, im Papier- und Druckgewerbe sowie im Bereich Textil und Leder sinkt die Beschäftigtenzahl spürbar. Für die Industrie insgesamt geht die Fortschreibung von einem Beschäftigungsrückgang im Umfang von knapp 190.000 Stellen aus – das wäre ein Minus von

Fortsetzung

## IW-Arbeitsmarktfortschreibung: Die Trends der Berufe

Veränderung der Zahl der Beschäftigten in den am stärksten wachsenden beziehungsweise schrumpfenden Berufshauptgruppen von 2023 bis 2028

■ Veränderung in Prozent

|                                                                                  |          |       |
|----------------------------------------------------------------------------------|----------|-------|
| Erziehung, soziale und hauswirtschaftliche Berufe, Theologie                     | 326.000  | 16,1  |
| Medizinische Gesundheitsberufe                                                   | 288.700  | 11,2  |
| Berufe in Unternehmensführung und -organisation                                  | 279.200  | 6,4   |
| Informatik-, Informations- und Kommunikationstechnologieberufe                   | 271.000  | 26,3  |
| Verkehrs- und Logistikberufe (außer Fahrzeugführung)                             | 206.500  | 9,6   |
| Berufe in Recht und Verwaltung                                                   | 158.900  | 13,7  |
| Einkaufs-, Vertriebs- und Handelsberufe                                          | 118.500  | 11,1  |
| Nichtmedizinische Gesundheits-, Körperpflege- und Wellnessberufe, Medizintechnik | 88.300   | 10,0  |
| Lehrende und ausbildende Berufe                                                  | 71.100   | 9,9   |
| Hoch- und Tiefbauberufe                                                          | 69.800   | 11,7  |
| ...                                                                              |          |       |
| Textil- und Lederberufe                                                          | -19.900  | -18,4 |
| Papier- und Druckberufe, technische Mediengestaltung                             | -20.500  | -8,2  |
| Kunststoffherstellung und -verarbeitung, Holzbe- und -verarbeitung               | -28.800  | -5,9  |
| Tourismus-, Hotel- und Gaststättenberufe                                         | -37.700  | -5,0  |
| Metallerzeugung und -bearbeitung, Metallbauberufe                                | -161.200 | -14,1 |

Berufshauptgruppen: fassen die 1.300 Berufsgattungen in 36 Gruppen zusammen

Quelle: Institut der deutschen Wirtschaft  
© 2025 IW Medien / iwd

2,8 Prozent. Vor einem Jahr ließen die IW-Berechnungen noch auf eine Stagnation der Industriebeschäftigung schließen.

Um diese Beschäftigungstrends einordnen zu können, darf ein Aspekt nicht außer Acht gelassen werden: In vielen Branchen sehen sich die Unternehmen in Deutschland einem Fachkräftemangel gegenüber, der Einstellungen von qualifiziertem Personal erschwert oder gar verhindert. Daher steht ein Beschäftigungsrückgang nicht im Widerspruch zu einem zunehmenden Fachkräftemangel.

Zwar hat die schwache Konjunktur seit 2022 die Fachkräftelücke leicht schrumpfen lassen – auf knapp 600.000 rechnerisch nicht besetzbare offene Stellen im Jahr 2023. Vor allem die alternde Erwerbsbevölkerung wird aber aller Voraussicht nach dazu führen, dass sich das Problem wieder verschärft:

**Der IW-Arbeitsmarktfortschreibung zufolge werden im Jahr 2028 rund 768.000 qualifizierte Arbeitskräfte fehlen.**

Vor allem in Ostdeutschland dürfte die Zahl der vergeblich gesuchten beruflich ausgebildeten Fachkräfte drastisch steigen. Die Lücke bei Spezialisten und akademisch qualifizierten Experten wächst dagegen im Osten wie im Westen nahezu kontinuierlich weiter. Insgesamt wird es in vielen Berufen an qualifizierten Arbeitskräften mangeln (Grafik):

**Im Jahr 2028 wird es allein im Verkauf gut 40.000 Fachkräfte zu wenig geben, um alle offenen Stellen besetzen zu können.**

Allerdings zählen die Verkaufsberufe mit fast 850.000 Beschäftigten auch zu einer der größten Berufsgattungen.

Fast ebenso groß ist die Fachkräftelücke in vielen Sozialberufen – so fehlen 2028 allein über 30.000 Spe-

zialisten in der Kinderbetreuung –, in der IT und einigen Bauberufen. Auch in der Altenpflege, die oft als Paradebeispiel für das Fachkräfteproblem in Deutschland genannt wird, dürften dann immer noch knapp 11.000 Stellen für Fachkräfte unbesetzt bleiben. Die Lücke ist allerdings zuletzt deutlich kleiner geworden, was unter anderem auf die verbesserte Bezahlung zurückzuführen sein könnte.

Um vor dem Hintergrund dieser Zahlen den Fachkräftemangel generell zu lindern und den deutschen Arbeitsmarkt zukunftsfest zu machen, sollte die Politik die Anreize weiter erhöhen, dass ältere Erwerbstätige möglichst lange im Job bleiben. Durch eine bessere Berufsorien-

tierung und mehr Beratungsangebote gilt es außerdem, mehr junge Menschen für eine Berufsausbildung zu begeistern. Nicht zuletzt braucht es weiterhin den Zuzug vieler qualifizierter Arbeitskräfte aus dem Ausland. Das novellierte Fachkräfteinwanderungsgesetz bietet dafür gute Voraussetzungen, jedoch benötigen die Unternehmen mehr Informationen und Unterstützung. Zudem müssen Visavergabe sowie die Anerkennung beruflicher Qualifikationen schneller erfolgen.

#### IW-Report 34/2025

Alexander Burstedde, Jurek Tiedemann:  
IW-Arbeitsmarktfortschreibung 2028 – Allgemeine Trendabschwächung

### Berufe: Wo die meisten Fachkräfte fehlen werden

*Differenz zwischen offenen Stellen und passend qualifizierten Arbeitslosen in den Berufen mit der größten Fachkräftelücke im Jahr 2028*

■ Veränderung gegenüber 2023

|                                                   |               |               |
|---------------------------------------------------|---------------|---------------|
| Verkauf (ohne Produktspezialisierung) – Fachkraft | <b>40.470</b> | <b>27.531</b> |
| Kinderbetreuung und -erziehung – Spezialist       | <b>30.804</b> | <b>9.929</b>  |
| Sozialarbeit und Sozialpädagogik – Expertin       | <b>26.164</b> | <b>6.389</b>  |
| Gesundheits- und Krankenpflege – Fachkraft        | <b>21.365</b> | <b>3.709</b>  |
| Informatik – Expertin                             | <b>18.655</b> | <b>2.611</b>  |
| Bauplanung und -überwachung – Expertin            | <b>17.040</b> | <b>5.194</b>  |
| Bauelektrik – Fachkraft                           | <b>15.658</b> | <b>-2.176</b> |
| Elektrotechnik – Expertin                         | <b>15.394</b> | <b>2.498</b>  |
| Buchhaltung – Spezialist                          | <b>14.558</b> | <b>6.892</b>  |
| Physiotherapie – Spezialist                       | <b>14.527</b> | <b>2.250</b>  |
| Medizinische Fachangestellte – Fachkraft          | <b>14.396</b> | <b>7.487</b>  |
| Lagerwirtschaft – Fachkraft                       | <b>13.401</b> | <b>7.759</b>  |
| Kraftfahrzeugtechnik – Fachkraft                  | <b>13.145</b> | <b>-2.242</b> |
| Sanitär-, Heizungs- und Klimatechnik – Fachkraft  | <b>12.609</b> | <b>365</b>    |
| Elektrische Betriebstechnik – Fachkraft           | <b>12.108</b> | <b>-794</b>   |

Fachkräftelücke: auf der Basis der IW-Arbeitsmarktfortschreibung

Fachkraft: mit abgeschlossener Berufsausbildung

Spezialist: mit Bachelor- oder Fortbildungsabschluss wie Meister und Techniker

Expertin: mit mindestens Master- oder Diplomabschluss

Quelle: Institut der deutschen Wirtschaft  
© 2025 IW Medien / iwd

# Mehr Schein als Sein

**Künstliche Intelligenz.** Mit dem Aufstieg von generativer künstlicher Intelligenz (KI) wächst der Bedarf an neuen Kompetenzen und es entstehen neue Berufsbilder. Die Gewichtung kann sich aber zwischen Unternehmensseite und Jobsuchenden stark unterscheiden, wie das Beispiel des sogenannten Prompt Engineers zeigt.

Mit dem Durchbruch der KI-Anwendung ChatGPT im November 2022 entstanden auch einige neue Berufsbilder – darunter der sogenannte Prompt Engineer. Seine Aufgabe ist es, mit bestimmten Eingaben (Prompts) bestmögliche Antworten von KI-Systemen zu erhalten.

Während das Prompten in der Anfangsphase noch als komplex galt, hat sich die Bedienung der Modelle inzwischen allerdings stark vereinfacht – damit sanken die Anforderungen an die Nutzer.

Trotzdem sorgte der Prompt Engineer auf dem Arbeitsmarkt zumindest kurze Zeit für Aufsehen. Denn die Idee klang verlockend: Wer generative KI präzise anleiten kann, sollte auch ohne Studium und Programmierkenntnisse schnell gutes Geld verdienen. Dementsprechend interessierten sich Jobsuchende für das neue Berufsbild (Grafik):

**Im April 2023 lag der Anteil der Suchanfragen für den Prompt Engineer in der Internet-Jobbörse Indeed bei 96 je eine Million.**

Danach ging das Interesse zwar deutlich zurück, blieb aber mit im Schnitt rund 33 je eine Million Suchanfragen zwischen Mai 2023 und Dezember 2024 immer noch auf einem vergleichsweise hohen Niveau.

Für die Arbeitgeber spielte der Beruf Prompt Engineer jedoch kaum eine Rolle: Von Januar 2023 bis

Dezember 2024 wurden in Deutschland insgesamt nur 130 Stellen für Prompt Engineers ausgeschrieben. Zum Vergleich: Für alle IT-Experten zusammen waren es im selben Zeitraum etwa 70.000 Stellen. Eine Unternehmensbefragung im Auftrag von Microsoft bestätigt diesen Trend: Prompt Engineers rangieren bei den geplanten Neueinstellungen auf dem vorletzten Platz.

Wer KI richtig steuern kann, verschafft sich allerdings trotzdem Vorteile – auch ohne neuen Jobtitel: Im Dezember 2024 wurden Prompt-Engineering-Fähigkeiten in fast doppelt so vielen Stellenanzei-

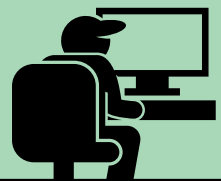
gen erwähnt, wie im gesamten Zeitraum von Anfang 2023 bis Ende 2024 explizit nach Prompt Engineers gesucht wurde. Darüber hinaus waren weitere knapp 23.000 Stellen, für die mindestens grundlegende Kompetenzen mit generativer KI erforderlich waren, im untersuchten Zeitraum ausgeschrieben – die meisten davon in der Datenanalyse, der Unternehmensberatung und der Medienbranche.

## IW-Kurzbericht 57/2025

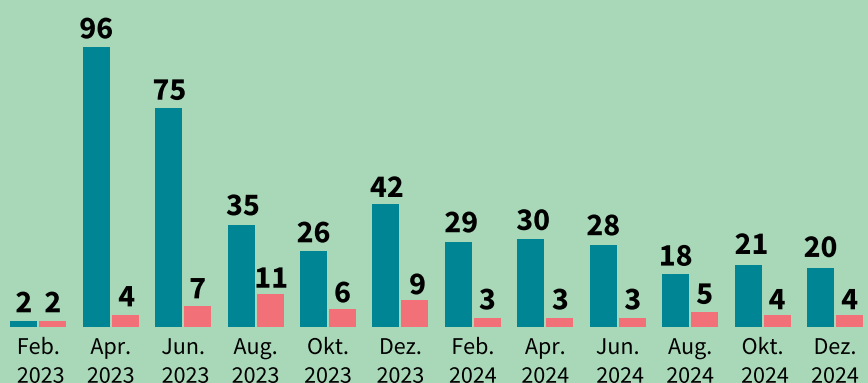
Jan Felix Engler: Prompt Engineer – Zwischen Hype und Realität

### Prompt Engineering: Ungleichgewicht auf dem Arbeitsmarkt

So hoch war die Zahl der ... für den Beruf Prompt Engineer je eine Million Anfragen/Anzeigen im jeweiligen Monat



■ ... Suchanfragen ■ ... Online-Stellenanzeigen



Prompt Engineer: Person, die gezielt Texteingaben (Prompts) für KI-Modelle entwickelt

Quellen: Indeed, Textkernel, Institut der deutschen Wirtschaft  
© 2025 IW Medien / iwd

# Spürbare Entlastung

**Strompreis.** Die Bundesregierung will die energieintensiven Betriebe in Deutschland beim Strompreis entlasten, denn die im internationalen Vergleich hohen Kosten gefährden ihre Wettbewerbsfähigkeit. Nachdem die EU nun den Weg für den Industriestrompreis frei gemacht hat, können sich die Unternehmen auf deutliche Einsparungen einstellen.

Das Wie ist noch nicht ganz klar, fest steht aber: Die Bundesregierung will die energieintensiven Unternehmen im Land mit einem Industriestrompreis entlasten. Das ist verständlich, denn in kaum einem anderen Land zahlen Betriebe so viel für ihre Energieversorgung:

**Eine Megawattstunde Strom kostete für Industrieunternehmen mit einem jährlichen Verbrauch zwischen 20 und 70 Gigawattstunden (GWh) im Jahr 2024 rund 150 Euro – nach Abzug von Steuern und Abgaben. In Spanien lag der Preis bei 100 Euro, in den USA betrug der durchschnittliche Industriestrompreis sogar nur etwa 67 Euro.**

Mit dem Industriestrompreis will die Regierung das Problem angehen. Die EU hat dafür zuletzt grünes Licht gegeben: Der Industriestrompreis darf – orientiert am Börsenstrompreis – auf bis zu 5 Cent pro Kilowattstunde gesenkt, maximal für die Hälfte des Jahresverbrauchs eines Unternehmens gewährt werden und über drei Jahre laufen.

Das IW hat die Ersparnisse für die gesamte Industrie berechnet – unter der Annahme, dass alle Unternehmen mit einem Jahresstromverbrauch von mindestens 20 GWh davon profitieren. Aufgrund der aktuellen Future-Preise auf der Strombörse, die von leicht sinkenden Preisen in den kommenden Jahren ausgehen, ist der Effekt der Maßnahme anfangs am größten (Grafik):

**Im laufenden Jahr würden die heimischen Unternehmen insgesamt 1,5 Milliarden Euro an Stromkosten sparen. Über den Zeitraum von drei Jahren wären es insgesamt 4 Milliarden Euro.**

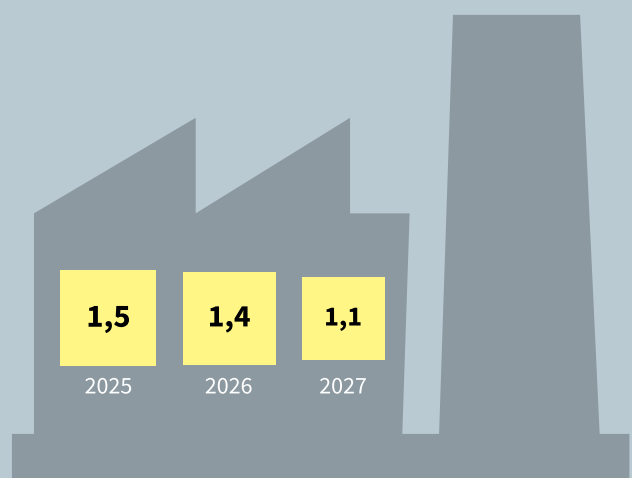
Damit ist die Einführung eines Industriestrompreises eine wirksame, kurzfristige Entlastung für die Unternehmen in Deutschland. Zu bedenken ist aber, dass die Maßnahme keine langfristige Perspektive auf wettbewerbsfähige Strompreise bietet. Drei Jahre sind in der

strategischen Planung von Unternehmen eine zu kurze Zeitspanne.

Die Aufgabe für die Politik ist daher, die deutsche Stromerzeugung effizienter zu gestalten, um die Kosten nachhaltig zu senken. Neben dem konsequenten und effizienten Ausbau erneuerbarer Energien sind Einsparpotenziale beim Netzausbau, beispielsweise durch den Verzicht auf Erdkabel, sowie der Ausbau von Speichern und regelbaren Kraftwerken notwendige Schritte.

## Strompreis: Unterstützung für die Industrie

Jährliche Ersparnis für Industrieunternehmen in Deutschland durch den angedachten Industriestrompreis in Milliarden Euro



Industriestrompreis: bei Weiterführung der Strompreiskompensation im aktuellen Umfang; Senkung auf bis zu 5 Cent pro Kilowattstunde, anwendbar auf die Hälfte des Jahresverbrauchs über eine Laufzeit von drei Jahren für Unternehmen mit mindestens 20 Gigawattstunden Verbrauch

Quelle: Institut der deutschen Wirtschaft  
© 2025 IW Medien / iwd

iwd

# Einheitlich sparen

**Arbeitslosengeld.** Ältere Arbeitslose haben in Deutschland länger Anspruch auf Arbeitslosengeld als jüngere Beschäftigte. Das kostet nicht nur Milliarden Euro, sondern kann auch die Jobchancen der Bezieher verschlechtern.

Wer länger Arbeitslosengeld bezieht, lässt sich bei der Arbeitssuche mehr Zeit – dieser Effekt ist in zahlreichen Studien empirisch belegt. Die Dauer der Arbeitslosigkeit verlängert sich, verbunden mit der steigenden Gefahr, in der Langzeitarbeitslosigkeit zu landen. Denn je länger jemand arbeitslos ist, umso veralteter sind seine beruflichen Kenntnisse und Fähigkeiten.

Auf der anderen Seite hat das Arbeitslosengeld eine soziale Schutzfunktion und bietet Arbeitslosen die Chance, einen den eigenen Fähigkeiten entsprechenden Job zu finden. Eine gute Arbeitslosenversicherung wiegt beide Aspekte gegeneinander auf.

In Deutschland erhalten Menschen, die arbeitslos werden, bis zu zwölf Monate finanzielle Unterstützung. Allerdings gibt es Ausnahmen: Arbeitslose Personen ab einem Alter von 50 Jahren haben Anspruch auf 15 Monate Arbeitslosengeld, ab 55 Jahren sind es 18 Monate und ab 58 Jahren sogar 24 Monate.

Für die Arbeitslosenversicherung entstehen durch diese Regelung erhebliche Kosten (Grafik):

**Im Jahr 2024 bezogen knapp 85.000 Bundesbürger, die älter als 50 Jahre waren, länger als zwölf Monate Arbeitslosengeld. Die Kosten für die Bezugsdauer jenseits von zwölf Monaten beliefen sich auf gut 2,3 Milliarden Euro.**

Diese Summe ließe sich mit einer einheitlichen Bezugsdauer von zwölf Monaten für alle im Haushalt der Bundesagentur für Arbeit (BA) einsparen.

Dem stehen sowohl mögliche Mehrausgaben als auch Mehreinnahmen gegenüber. Im ungünstigsten (und unwahrscheinlichen) Fall, dass alle Arbeitslosengeldempfänger ins Bürgergeld rutschen, hätten Bund und Kommunen mehr Kosten zu schultern. Rechnet man diese gegen die Einsparungen der BA auf, blieben netto 400 Millionen Euro Ersparnis übrig.

Im besten Szenario finden alle Arbeitslosengeldempfänger innerhalb von zwölf Monaten eine neue Stelle und der Staat sowie die Sozialversicherungen nehmen durch Steuern und Abgaben der nun Beschäftigten mehr Geld ein. Eine weitere Option ist, dass Betroffene, sofern mög-

lich, in den vorgezogenen Ruhestand gehen. Das würde zusätzliche Kosten für die Rentenversicherung bedeuten. Allerdings müssen Frührentner meist Abschläge auf ihre Rente in Kauf nehmen, was die Kosten etwas senkt.

Unterm Strich hat eine einheitliche Bezugsdauer des Arbeitslosengeldes viele Vorteile: Sie ist gerecht, sie entlastet den Haushalt der Agentur für Arbeit und schafft Anreize für eine schnellere Rückkehr ins Arbeitsleben. Zudem würden Brücken in den Vorruhestand, wie sie die bisherige Regel schafft, reduziert – ein wichtiger Faktor angesichts des demografischen Wandels.

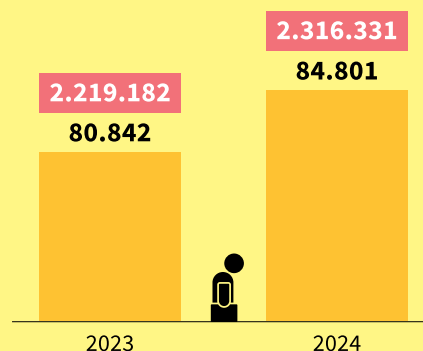
## IW-Kurzbericht 63/2025

Holger Schäfer, Stefanie Seele: Arbeitslosenversicherung – Einheitliche Bezugsdauer spart Milliarden

## Arbeitslosengeld: Verlängerte Bezugsdauer kostet

In Deutschland haben Arbeitslose Anspruch auf zwölf Monate Arbeitslosengeld. Ab dem Alter von 50 Jahren steigt die Bezugsdauer auf 15 Monate, ab 55 auf 18 und ab 58 auf 24 Monate

- Leistungsberechtigte Ältere mit einer Arbeitslosigkeit von mehr als zwölf Monaten
- Ausgaben für Arbeitslosengeld bei einer Arbeitslosigkeit von mehr als zwölf Monaten in 1.000 Euro



Arbeitslosengeld: inklusive Sozialversicherungsbeiträge  
Quellen: Bundesagentur für Arbeit, Institut der deutschen Wirtschaft  
© 2025 IW Medien / iwd

# Mit dem Alter kommt das Vermögen

**Private Haushalte.** Wer kurz vor der Rente steht, hat in Deutschland häufig ein vergleichsweise hohes Vermögen vorzuweisen. Doch der Aufbau dieser Ersparnisse nimmt in der Regel eine lange Zeit in Anspruch. Will die Politik den Bundesbürgern den Vermögensaufbau erleichtern, sollte sie die Arbeitseinkommen entlasten.

Vermögen – das ist nicht nur einfach das Geld auf dem Konto. Auch Immobilienwerte und Betriebsvermögen zählen zum Beispiel dazu, genauso wie Aktien, ETFs oder Anleihen. Für eine Nettobetrachtung werden zudem Schulden wie Hypotheken und Verbraucherkredite abgezogen. Wer unterm Strich in Deutschland wie viel besitzt, hat das Institut der deutschen Wirtschaft in einer neuen Studie untersucht.

Als Grundlage dienten den Forschern Haushaltsbefragungsdaten der Deutschen Bundesbank aus dem Jahr 2023. Die Eingruppierung richtet sich stets nach dem ältesten Haushaltsmitglied. Die erste wichtige Erkenntnis (Grafik):

**Das größte Vermögen haben Haushalte angehäuft, deren ältestes Mitglied kurz vor der Rente steht.**

In der Altersgruppe der 55- bis 64-Jährigen lag der Median der Haushalte – die eine Hälfte hat weniger, die andere mehr – im Jahr 2023 bei einem Vermögen von 241.100 Euro. Keine andere Altersgruppe kam annähernd an diesen Medianwert heran. Das Medianvermögen aller privaten Haushalte lag bei rund 103.100 Euro.

Um zu den obersten 10 Prozent der 55- bis 64-Jährigen zu gehören, muss ein Haushalt mehr als 1,06 Millionen Euro an Vermögenswerten besitzen – auch das ist der Spitzenwert aller Altersklassen.

Über das geringste Vermögen verfügen junge Menschen, die noch am Anfang ihres Berufslebens stehen:

**In der Gruppe der unter 35-Jährigen genügte im Jahr 2023 ein Haushaltsnettovermögen von mehr als**

**17.300 Euro, um zur vermögensreicheren Hälfte dieser Gruppe zu gehören.**

Wie viel ein Haushalt in Deutschland besitzt, hängt folglich stark mit dem Alter zusammen. Die Auswertung der Daten zeigt außerdem: Der Vermögensaufbau dauert lange, häufig ein ganzes Arbeitsleben. Erst im Ruhestand schmilzt das Vermögen schrittweise mit dem Wegfall des Arbeitseinkommens. Aber auch dann haben die Haushalte noch einiges zur Verfügung: Wer 75 Jahre oder älter ist, hatte im Jahr 2023 im Median noch ein Vermögen von 172.500 Euro.

Eine große Rolle für die Vermögensbildung spielt das Eigenheim:

**Während nicht einmal jeder Zehnte unter 35 Jahren im Jahr 2023 in den eigenen vier Wänden lebte, war es bei den 55- bis 64-Jährigen mehr als jeder Zweite.**

Wichtig für die Höhe der Vermögen ist ebenso die Haushaltsstruktur. So haben Singles unter 35 Jahren im Median 9.800 Euro gespart, zusammenlebende Paare in dieser Altersgruppe kommen bereits auf 42.300 Euro. Ähnlich sieht es bei den 55- bis 64-Jährigen aus. Singlehaushalte besitzen im Mittel 79.800 Euro, Paarhaushalte 361.800 Euro.

Neben den Vergleichen der Altersgruppen und der Haushaltstypen gibt auch ein Blick in die einzelnen Gruppen weiteren Aufschluss über die Vermögensbildung. Um die relative Ungleichheit zu messen, wird dazu das Verhältnis des 90-Prozent-Perzentils zum Median

betrachtet. Das ist unter den jungen Menschen besonders hoch:

**Um zu den oberen 10 Prozent der unter 35-Jährigen zu gehören, musste ein Haushalt beinahe über das Zwölfwache des Medianvermögens der Altersgruppe verfügen.**

Mit zunehmendem Alter nimmt die relative Ungleichheit ab. Bei den 55- bis 64-Jährigen lag der Schwellenwert für die oberen 10 Prozent bei etwas mehr als dem Vierfachen des Medians.

Die Studie unterstreicht die Bedeutung der Erwerbsphase für den Vermögensaufbau. Entsprechend bieten

sich hier politische Möglichkeiten, um die Vermögensbildung zu unterstützen. Wenn die Regierung die Arbeits-einkommen gezielt entlastet, sodass die Beschäftigten mehr Netto vom Brutto haben, erlangen sie mehr Spielraum für die eigene Vermögensbildung – etwa durch die Finanzierung einer Immobilie oder Anlagen am Kapitalmarkt.

#### IW-Kurzbericht 59/2025

Judith Niehues, Maximilian Stockhausen: Wer besitzt wie viel?  
Ein Vermögensvergleich nach Altersgruppen

## Haushaltsnettovermögen in Deutschland

Vermögensperzentile nach Alter der ältesten Person im Haushalt im Jahr 2023 in Euro

Lesebeispiel: Mit einem Vermögen oberhalb des Wertes des 90-Prozent-Perzentils zählt man zu den oberen 10 Prozent

|                    | 10 %-<br>Perzentil | 20 %-<br>Perzentil | 30 %-<br>Perzentil | 40 %-<br>Perzentil | 50 %-<br>Perzentil | 60 %-<br>Perzentil | 70 %-<br>Perzentil | 80 %-<br>Perzentil | 90 %-<br>Perzentil |
|--------------------|--------------------|--------------------|--------------------|--------------------|--------------------|--------------------|--------------------|--------------------|--------------------|
| Unter 35 Jahre     | -300               | 800                | 4.300              | 9.200              | 17.300             | 28.900             | 56.500             | 92.000             | 200.400            |
| 35 bis 44 Jahre    | 600                | 6.400              | 13.300             | 34.900             | 75.500             | 143.900            | 225.200            | 387.500            | 583.100            |
| 45 bis 54 Jahre    | 500                | 8.700              | 29.300             | 70.900             | 146.200            | 211.400            | 358.900            | 510.400            | 918.900            |
| 55 bis 64 Jahre    | 2.400              | 14.600             | 56.300             | 124.400            | 241.100            | 345.200            | 440.100            | 660.200            | 1.061.200          |
| 65 bis 74 Jahre    | 1.900              | 11.100             | 36.200             | 102.000            | 193.300            | 315.000            | 415.300            | 602.800            | 1.019.800          |
| 75 Jahre und älter | 5.100              | 14.600             | 26.900             | 74.000             | 172.500            | 296.000            | 399.600            | 506.800            | 767.700            |
| Insgesamt          | 800                | 7.100              | 19.100             | 49.100             | 103.100            | 196.300            | 326.000            | 472.000            | 777.200            |

Vermögen: z. B. Immobilienbesitz und Spareinlagen abzüglich Schulden und Kreditverpflichtungen; inklusive Betriebsvermögen (netto); gerundet auf 100 Euro

Quellen: Deutsche Bundesbank, Institut der deutschen Wirtschaft  
© 2025 IW Medien / iwd

iwd

### Impressum

**Herausgeber:** Institut der deutschen Wirtschaft Köln e.V. · Präsident: Arndt Günter Kirchhoff · Direktor: Prof. Dr. Michael Hüther · Mitglieder: Verbände und Unternehmen in Deutschland  
**Redaktionsleiter:** Thomas Goldau (verantwortlich, kommissarisch) · **Redaktion:** Berit Schmiedendorf (stellv.), Carsten Ruge (Textchef), Florian Janssen, Alexander Weber · **Grafik:** IW Medien GmbH · **E-Mail:** iwd@iwkoeln.de · **Bezugspreis:** €13,31/Monat inklusive Versand und MwSt., Erscheinungsweise 14-täglich · **Abo-Service:** Tjerk Lorenz, Telefon: 0221 4981-220, iwdmedien@iwkoeln.de · **Verlag:** Institut der deutschen Wirtschaft Köln Medien GmbH, Postfach 10 18 63, 50458 Köln · Telefon: 0221 4981-0 · **Druck:** Warlich Druck Meckenheim GmbH, Meckenheim · Rechte für Nachdruck oder elektronische Verwertung über: lizenzen@iwkoeln.de · Zur Abwicklung des Vertriebs erforderliche Daten werden nach den Bestimmungen des Bundesdatenschutzgesetzes verwaltet, E-Mail: datenschutz@iwmedien.de · In dieser Publikation wird aus Gründen der besseren Lesbarkeit im Zusammenhang mit Personen regelmäßig das grammatische Geschlecht (Genus) verwendet. Damit sind hier ausdrücklich alle Geschlechteridentitäten gemeint.



**Zahl der Woche**

# 142,4 Millionen

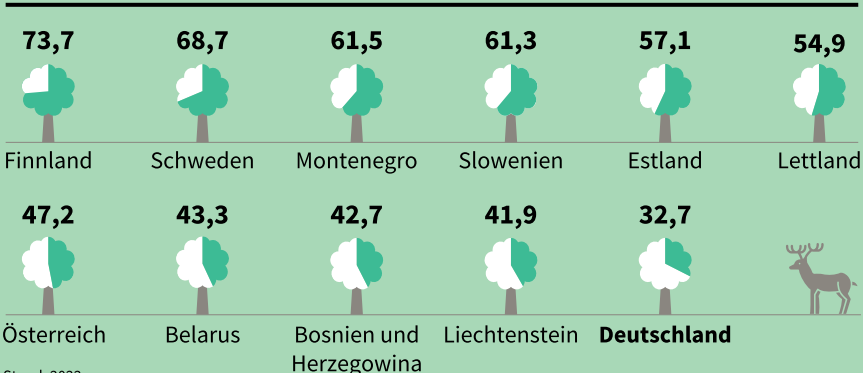
Fahrgäste gab es laut dem Statistischen Bundesamt im Schienenfernverkehr im Jahr 2024 in Deutschland. Personen, die den Fernverkehr mehrfach nutzten, gingen auch jedes Mal in die Statistik ein. Gegenüber 2023 sank die Zahl um rund 4 Prozent, im Vergleich zu 2019 – dem Jahr mit den bisher meisten Fahrgästen im Fernverkehr – sogar um 6 Prozent. Rund acht von zehn Fernfahrten entfielen 2024 auf ICE-Züge. Fünf Jahre zuvor lag ihr Anteil erst bei 65 Prozent. Die Zunahme hat den Grund, dass die Deutsche Bahn vermehrt IC-Linien durch ICE-Linien ersetzt. Die Fahrzeit bleibt dabei allerdings oft gleich – zwar könnten die ICE theoretisch schneller fahren, in der Praxis lässt die Schieneninfrastruktur aber meist keine höheren Geschwindigkeiten zu. Platz für mehr Bahnreisende wäre übrigens noch: Die Deutsche Bahn vermeldet, dass ihre Fernzüge im vergangenen Jahr im Schnitt zu 47 Prozent ausgelastet waren – im Jahr 2023 lag die Quote noch 2 Prozentpunkte darüber.

## Top-Liste: Wichtige Wälder

Wälder sind nicht nur ein wichtiger Lebensraum für Tiere und Pflanzen, sondern haben mit ihrem komplexen Ökosystem einen immensen Wert für die Umwelt. Sie produzieren Sauerstoff, reduzieren durch die Bindung von Kohlendioxid den Treibhauseffekt und verbessern die Luftqualität. Die meisten Waldflächen in Europa gibt es im Norden: In Finnland sind rund drei Viertel des Landes bewaldet, in Schweden gut zwei Drittel. Deutschland landet im europäischen Vergleich mit rund einem Drittel Waldfläche im Mittelfeld. Im Gegensatz zu anderen Weltregionen, wo die Waldfläche aufgrund von Rodungen abnimmt, wächst sie in Europa – von 2000 bis 2022 um rund acht Millionen Hektar, das entspricht etwa einem Viertel der Fläche Deutschlands. Der Grund dafür waren neben der natürlichen Ausdehnung strategische EU-Projekte zur Aufforstung. Und sie soll weitergehen: Seit 2023 läuft als Teil des europäischen Green Deals die „EU-Waldstrategie 2030“. Darin ist unter anderem festgehalten, bis zum Beginn des neuen Jahrzehnts mindestens drei Milliarden zusätzliche Bäume zu pflanzen.

### Europa, deine Wälder

Länder in Europa mit dem höchsten Anteil von Waldfläche an der Gesamtfläche, in Prozent



Stand: 2022

Quelle: Statistisches Bundesamt

© 2025 IW Medien / iwd

iwd